

**Antworten auf die Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2006 von
fjp>media, Verband junger Medienmacher**

Bildung, Ausbildung, Studium

Was genau wollen Sie für ein besseres Abschneiden Sachsen-Anhalts bei der PISA-Studie tun?

Wir wollen die Qualität der Bildungsangebote für alle Schülerinnen und Schüler erhöhen. Vor allem die Ausbildung an Sekundarschulen soll verbessert werden. Aus unserer Sicht ist es nicht zeitgemäß, wenn nach dem 6. Schuljahrgang eine Aufteilung in nach Haupt- und Realschulabschluss differenzierten Unterricht vorgenommen wird. Diese Bildungswege unterscheiden sich allein schon nach dem Umfang und der Struktur des erteilten Unterrichts derart, dass die reale Durchlässigkeit zwischen den Bildungsgängen extrem einschränkt ist und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am hauptschulabschlussorientierten Unterricht deutlich benachteiligt werden. Das wollen wir beenden.

Das Niveau an der Sekundarschule soll sich so entwickeln, dass bei entsprechenden Leistungen nach dem 9. Schuljahrgang auch ein direkter Übergang zur gymnasialen Oberstufe möglich ist.

Außerdem sollen alle Schulen zu intensiverer individueller Förderung verpflichtet werden. Individuelle Förderung soll an die Stelle von Auslese, „Abschulung“ und „Sitzenbleiben“ treten. Dazu sollen auch schrittweise zusätzliche Stellen für pädagogische Fachkräfte an den Schulen geschaffen werden, die die Lehrerinnen und Lehrer unterstützen.

An allen Schulen soll polytechnische Bildung eingeführt werden, um Lernen stärker mit praktischer Tätigkeit zu verbinden. Es geht um eine bessere technische, technologische, wirtschaftliche und soziale Bildung, um Lernmotivation und die praktische Anwendung von Wissen sowie um Berufsberatung und Berufsorientierung.

Was tun Sie, damit alle Schüler den Zugang zur gleichen Bildungsqualität bekommen und die Kluft zwischen sozial benachteiligten Kindern und solchen aus finanzstärkeren Familien nicht größer wird?

Damit ist eine große Palette von Aufgaben ganz unterschiedlicher Natur verbunden. Zunächst sollen alle Bildungsangebote auf ein anspruchsvolles Niveau angehoben werden, darauf sind wir in der vorangegangenen Antwort eingegangen.

Die Benachteiligung beginnt nicht selten schon im Unterricht selbst. Sozial benachteiligte Kinder haben oft einen ganz anderen Erfahrungshintergrund als die Kinder aus den sogenannten Mittelschichten. Das müssen Lehrerinnen und Lehrer, Pädagoginnen und Pädagogen besser berücksichtigen.

Nachteilsausgleich muss auch bei den Lernbedingungen sein. Die Instrumente, die zum erfolgreichen Lösen von Hausaufgaben zur Verfügung stehen, sind sehr unterschiedlich.

Schließlich müssen alle Bildungsangebote sozialabgesichert sein.

Dazu zählt für uns ein bezahlbares Schulesen und kostenlose Schülerbeförderung bis zum Ende der Schulpflicht nicht nur bis zur 10. Klasse.

Außerdem treten wir dafür ein, besonders benachteiligten Schülerinnen und Schülern, die Schulbücher kostenlos zur Verfügung zustellen. Wir wollen ihnen auch die Nutzung von Computertechnik in der Schule in größerem Umfang ermöglichen. Eine solche Chance muss dann natürlich allen offen stehen.

Darüber hinaus wollen wir prüfen, an Schulen Fonds einzurichten, um sozial in Not geratenen Schülerinnen und Schülern in Lern- und schulischen Fragen unkompliziert helfen zu können.

Aber auch an das schulische Umfeld muss gedacht werden. Wir treten zum Beispiel für die Erhaltung des Netzes der öffentlichen Bibliotheken ein.

Sind sie für oder gegen Studiengebühren? Was gibt es für Alternativen?

Wir sind ohne wenn und aber gegen jegliche Studiengebühren.

Wir wollen die 10%ige Kürzung der Hochschuletats, die die CDU-FDP-Regierung vorgenommen hat, wieder rückgängig machen.

Außerdem treten wir für ein Bildungsfinanzierungssystem ein, das gewährleistet, dass sich Bildungsanstrengungen für ein Land auch unmittelbar lohnen und nicht erst durch die Arbeitsleistungen der Ausgebildeten und ihren Steuerbeitrag. Deshalb haben wir einen Bildungsfinanzausgleich zwischen den Bundesländern angeregt.

Wie wollen Sie die Situation der mangelnden Ausbildungsplätze verbessern?

Ausbildungsplätze muss letztlich die Wirtschaft schaffen. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass auch noch so gut gedachte Förderprogramme nicht zu einer ausreichenden Zahl von betrieblichen Ausbildungsplätzen führen. Einige Unternehmen, die durchaus ausbilden könnten, bauen Ausbildungsplätze ab, um sich kurzfristig Vorteile zu schaffen. Andere kleinere Betriebe gerade in unserem Land sind schlicht nicht in der Lage auszubilden.

Deshalb gehen wir davon aus, dass auch künftig überbetriebliche und außerbetriebliche Ausbildungsplätze gefördert und vorgehalten werden müssen. Auch vollzeitschulische Berufsausbildung soll weiter im erforderlichen Umfang angeboten werden. „Ehrenrunden“ und „Warteschleifen“ für Berufsanfänger sollen vermieden werden und bleiben für uns nur eine Notlösung.

Wir wollen allerdings, dass auch die Wirtschaft an der Finanzierung solcher Sonderprogramme beteiligt wird. Außerdem sollen Betriebe, die nicht in angemessenem Umfang ausbilden, unter bestimmten Voraussetzungen jene Unternehmen unterstützen, die dies tun. Deshalb treten wir im Bund für eine Ausbildungsumlage ein.

Wir schlagen außerdem steuerliche Entlastung für Unternehmen vor, die sich für die Beschäftigung und Ausbildung in Sachsen-Anhalt engagieren. Weiterhin sehen wir für Sachsen-Anhalt Möglichkeiten einer ausbaufähigen Förderung auf diesem Gebiet mit dem zielgerechteren Einsatz von Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF).

Darüber hinaus sind wir der Meinung, dass die sehr unterschiedliche Ausbildungsvergütung zwischen den einzelnen Ausbildungsformen überwunden werden muss.

Besonders der Berufseinstieg ist für viele, die erfolgreich eine Ausbildung abgeschlossen haben, eine hohe Hürde. Wir wollen Kooperationsmodelle

unterstützen, in denen mehrere kleine Unternehmen Netzwerke bilden und einen Pool von Arbeitskräften finanzieren. Die Linkspartei.PDS hat mit ihrem Konzept „JINA – Jugend in Arbeit“ unter anderem vorgeschlagen, Programme wie „Enterprise“ als Existenzgründungsoffensive oder „Jugend baut auf“ aufzulegen oder fortzuführen. In erster Linie geht es uns um reguläre Ausbildungen oder sozialversicherungspflichtige Arbeit. Sie haben eindeutig Vorrang bei der beruflichen Integration. Ergänzend zu den bisherigen Bund-Länder-Programmen sollen jedoch landesspezifische Fördermaßnahmen im Zusammenwirken mit Jugendhelfeträgern und Sozialämtern, der Wirtschaft, Arbeitsagenturen, den Kammern und sozialen Einrichtungen für den Einstieg in den Beruf auf den Weg gebracht werden. Das betrifft sowohl die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen als auch den Übergang ins Berufsleben nach der Ausbildung.

Für Jugendliche mit Benachteiligungen wollen wir eine kooperative Förderstruktur in der Jugendberufshilfe als Modellversuch einrichten. Benachteiligten Jugendlichen muss die Suche nach Hilfen erleichtert werden. Wir können uns vorstellen, dass solche Angebote in allen Kreisen durch kommunale oder freie Träger mobil oder in Jugendberatungsstellen gemacht werden.

Partizipation und Jugendarbeit

Wie wollen Sie ehrenamtliches Engagement selbstbestimmter Jugendprojekte konkret sichern, fördern und ausbauen?

Die Linkspartei.PDS schätzt das sozialpädagogische Engagement in den Vereinen und Verbänden der Jugendarbeit hoch. Wir finden es gut, wenn Jugendliche in Projekte und Veranstaltungsreihen einbezogen werden. Unser Ziel ist es aber, vor allem den jungen Leuten selbst Raum zu geben, *ihre eigenen* Ideen und Projekte verwirklichen zu können. Dazu brauchen sie auch Unterstützung und Hilfe.

Die Linkspartei.PDS sieht im ehrenamtlichen Engagement in der Kinder- und Jugendarbeit einen wertvollen Beitrag, ohne den bestehende Projekte oft nicht in der Lage wären, ihre Arbeit zu bewältigen. Ehrenamt in der Jugendarbeit braucht deshalb entsprechende Anerkennung und Unterstützung. Von zentraler Bedeutung hierbei sind Erhalt und Stärkung hauptamtlicher Strukturen in der Kinder- und Jugendarbeit, denn: Ohne Hauptamt kein Ehrenamt.

Selbstverwalteten und selbstorganisierten Jugendprojekten ohne entsprechendes Trägernetzwerk „im Rücken“ sollte aus unserer Sicht stärker als bisher durch einfach handhabbare Anträge und Verwendungsnachweise sowie durch die Möglichkeit der Verrechnung unbarer Leistungen geholfen werden. Auf Landesebene ließe sich dies über eine entsprechende Richtlinie oder innerhalb der von uns angestrebten Budgetierungsverträge für die landesweit tätigen Jugendverbände regeln. Vor Ort in den Gemeinden entscheiden dies die Landkreise über ihre Förderrichtlinien in Eigenregie.

Welche konkreten Möglichkeiten sehen Sie, dass Jugendliche wirklich an jugendrelevanten Entscheidungen von Politik und Verwaltung teilhaben können?

Aktive Partizipation setzt zunächst Information voraus. Jugendliche müssen wissen, welche politischen Entscheidungen gerade in der Debatte sind und welche Hintergründe es gibt. Oft ist auch ein Hinweis nötig, dass Probleme, denen man es auf den ersten Blick gar nicht ansieht, durchaus auch für junge Leute relevant sind. Aus diesem Grund setzt sich die Linkspartei.PDS für ein grundlegend transparentes und so für die Bürger (also auch für die Jugendlichen) nachvollziehbares Handeln von Politik und Verwaltung ein. Darüber hinaus müssen in Politik und Verwaltung verstärkt „Mitsprache-Posten“ für Jugendliche in den entsprechenden Gremien und Ausschüssen auf kommunaler und Landesebene geschaffen werden. Die Linkspartei.PDS hat ganz konkret in ihren Vorständen und Fraktionen in einer Vielzahl von Praktikumsmaßnahmen und in dem durchgeführten Mentoringprogramm interessierten jungen Menschen die Möglichkeit gegeben, sich politisch zu informieren und Landespolitik zu erleben.

Politik kann jedoch in diesem Bereich nicht alles regeln. Für die Linkspartei.PDS ist der Dialog mit den Jugendlichen selbst und den Trägern der Kinder- und Jugendarbeit wichtig. Vor allem die Jugendverbände übernehmen hier eine zentrale Übermittler- und Multiplikatorenfunktion.

Wie wollen Sie künftig Schülerzeitungen fördern und die rückläufige Entwicklung bei Redaktionen verhindern?

Eine besondere finanzielle Landesförderung für Schülerzeitungen hatte die Linkspartei.PDS bisher nicht vorgesehen. Die Frage ist Anlass, das zu prüfen. Ansonsten ist die Finanzierung von Schülervertretungen nach Schulgesetz § 53 Aufgabe der Schulträger.

Zensur oder Behinderung durch die Schule von Schülerzeitungen ist nicht zulässig. In § 54 Abs. 3 Schulgesetz heißt es: „Schülerzeitungen stehen außerhalb der Verantwortung der Schule und unterliegen den presserechtlichen und sonstigen allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen. Die herausgebenden Schülerinnen und Schüler sind für die Einhaltung dieser Bestimmungen verantwortlich.“

Die Fraktion der PDS war maßgeblich am Zustandekommen dieser Regelung beteiligt. Wenn in einigen Fällen das Schulgesetz verletzt werden sollte, muss man dagegen rechtlich vorgehen.

Die rückläufige Entwicklung bei den Redaktionen kann die Politik nur bedingt bremsen, in dem sie bessere Voraussetzungen schafft.

Engagement und auch Durchstehvermögen werden dennoch immer gefragt sein und über Erfolg und Misserfolg ganz entscheidend mitbestimmen.

Wie setzen Sie sich für eine direkte, praktische Förderung von Jugendeinrichtungen ein?

Aus Landessicht ist die Förderung von örtlichen Jugendclubs und anderen Jugendeinrichtungen am praktikabelsten in Form von Geldmitteln (Jugendpauschale, Fachkräfteprogramm). Sie stehen den örtlichen Trägern der Jugendhilfe (den Landkreisen und kreisfreien Städten) pauschal und vor allem zweckgebunden zur Verfügung. Über das weitere Vergabeverfahren bestimmen dann die Landkreise im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung. Jugendpauschale und Fachkräfteprogramm wollen wir beibehalten und ausbauen.

Die Linkspartei.PDS ist sich der Aufgabe bewusst, auf eine gleichmäßige Entwicklung der Einrichtungen und Angebote der Jugendhilfe im Land hinzuwirken (§ 82 Abs.2 SGB VIII). Um die Mittel, die zur Förderung der kommunalen Jugendarbeit

vom Land bereitgestellt werden, bedarfsgerecht zu verteilen und in ihrem Gesamtumfang zu erfassen bedarf es aus unserer Sicht dringend einer flächendeckenden Jugendhilfeplanung in den Kreisen und einer unbedingten Kopplung zwischen kommunalen Jugendhilfeplanungen und der Landesjugendhilfeplanung.

Arbeit und Soziales

Was tun Sie gegen die ansteigende Armut bei Kindern und Jugendlichen? Welche Ideen zu einer Grundsicherung haben Sie?

Hauptansatzpunkt gegen wachsende Armut bei Kindern und Jugendlichen ist die Verminderung der Arbeitslosigkeit der Eltern. Darüber hinaus muss die Existenz jedes Menschen unabhängig davon, ob ein Arbeitsplatz vorhanden ist, gesichert sein. Die Linkspartei.PDS will auf Landesebene dafür sorgen, dass durch die Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors mehr Menschen in Arbeit kommen und zwar in solchen Bereichen, in denen z. B. soziale Aufgaben erfüllt werden, die Kindern und Jugendlichen Freizeitgestaltung bieten, in denen Bildungsangebote gemacht werden und damit vor allem kostenfreier oder kostengünstiger Zugang gesichert wird.

Mit Hilfe eines regionalen/kommunalen Familienpasses wollen wir insbesondere Familien mit geringem Einkommen Freizeit- und Bildungsangebote eröffnen.

Generell tritt die Linkspartei.PDS dafür ein, Kindern unabhängig vom Status der Eltern eine Grundsicherung zu gewähren. Ein erster Schritt wäre die Anhebung des Kindergeldes auf 250 € pro Kind. Eine eigenständige Grundsicherung i. S. eines Existenzgeldes wird von der Linkspartei.PDS bereits seit Jahren auf Bundesebene gefordert. Gegen die Armut von Kindern und durch Kinder richten sich auch die Konzepte der Linkspartei.PDS, die das Steuerrecht so reformieren wollen, dass nicht die Besserverdienenden am meisten profitieren und stattdessen direkte Subventionen für Kinder gezahlt werden.

Wie soll der Stadtumbau Ost fortgeführt werden, um lebenswerte Orte und bezahlbare Mieten zu erreichen?

Die Linkspartei.PDS setzt sich für die zügige und vollständige Umsetzung des Programms Stadtumbau Ost ein, das in den nächsten Jahren eine wichtige städtebauliche und wohnungspolitische Herausforderung bleibt. Wir treten dafür ein, jenen Wohnungsunternehmen, die sich am Stadtumbau beteiligen, die Altschulden zu erlassen.

Wir begrüßen den Vorschlag der Wohnungswirtschaft, den Stadtumbau Ost ab 2010 mit einem gemeinsamen Programm in Gesamtdeutschland fortzusetzen. Das Programm „Soziale Stadt“, das in den letzten Jahren in Sachsen-Anhalt ruhte, wollen wir mit erweiterten ressortübergreifenden Ansätzen zur Schaffung von Arbeit und Beschäftigung in benachteiligten Stadtteilen verbinden. Erhalt und Wiederherstellung intakter Stadtstrukturen und funktionierende Wohnungsmärkte sind Bausteine zum Erhalt von Arbeitsplätzen in der regionalen Bau- und

Wohnungswirtschaft und dienen damit zur Wiederbelebung regionaler Wirtschaftskreisläufe.

Die Linkspartei.PDS schlägt vor, alle staatlichen Fördermittel, die der sozialen Wohnraum- und Stadtentwicklung dienen, zu bündeln und den Kommunen mehr Eigenverantwortung zur flexiblen und bedarfsgerechten Verwendung einzuräumen. Eine bürgernahe Wohnungspolitik hat von dem auszugehen, was die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar berührt. Das sind in erster Linie die Verfügbarkeit angemessener Wohnungen mit einer guten Ausstattung und niedrigen Kosten sowie ein freundliches oder speziell familienfreundliches Umfeld. Die Veränderungen, die mit dem demografischen Wandel einhergehen, wollen wir als Chance begreifen, Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Engagement in die Stadt der Zukunft mitnehmen.

Bezahlbare Mieten wollen wir durch eine aktive Wohnungspolitik der öffentlichen Hand sowie durch die Fortsetzung der staatlichen Wohnungsförderung und der Städtebauförderung unter Beteiligung von Bund, Ländern und Kommunen gewährleisten.

Ein Bestand an öffentlichen Wohnungen muss erhalten werden. Kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen sind dazu unverzichtbar. Sie sollen auch preiswerten Wohnraum für einkommensschwache und sozial benachteiligte Haushalte zur Verfügung halten.

Darüber hinaus spricht sich die Linkspartei.PDS gegen Spekulationsgeschäfte mit Wohnraum und im Privatinteresse überzogene Mieten aus. Sie plädiert für gesetzliche Regelungen, die dies einzuschränken vermögen. Wir plädieren für die Gewährleistung eines umfangreichen Mieterschutzes.

Halten Sie es für sinnvoll und gerecht, die Aufwandsentschädigung von Landespolitikern an das Durchschnittseinkommen der Bevölkerung zu koppeln?

Die Linkspartei.PDS hat Ende 2003 im Landtag erneut gegen Diätenerhöhungen gestimmt. Die Ende 2003 von CDU, FDP und SPD in Sachsen-Anhalt beschlossene Diätenerhöhung orientiert sich an der Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst, speziell am Richtergehalt.

Der öffentliche Dienst ist eine Einkommensgruppe, die ungeachtet erheblicher innerer Unterschiede eine positive Einkommensentwicklung verzeichnet. Das ist für viele Personengruppen in Sachsen-Anhalt nicht mehr typisch. Es ist damit aus unserer Sicht geboten, sich bei den Diäten der Landtagsabgeordneten an der durchschnittlichen Einkommensentwicklung der ganzen Bevölkerung zu orientieren und nicht an der Einkommensentwicklung allein im öffentlichen Dienst.

Wir halten die Kritik an diesem Gesetz für berechtigt, weil das Absinken oder Stagnieren vieler Einkommen etwas mit politischen Entscheidungen zu tun hat, für die PolitikerInnen mit gerade zu stehen haben.

Die Abgeordneten der Fraktion der Linkspartei.PDS haben in der Vergangenheit die durch Diätenerhöhungen entstandenen Einkommenssteigerungen an einen Solidarfonds der Fraktion abgeführt, der vollständig für gemeinnützige Zwecke verwendet wird.

Allerdings hilft dieses Herangehen langfristig und gesamtgesellschaftlich nicht weiter. Die Ungleichheit bei der Verteilung von Einkommen und Vermögen nimmt in Deutschland immer weiter zu.

Diese Entwicklung darf nicht ungebremst fortgesetzt werden. Die Linkspartei.PDS hat zur Stärkung der öffentlichen Haushalte und zur solidarischen und gerechteren Lastenverteilung ein Steuerkonzept vorgelegt.

Sicherheit

Mit welchen präventiven Maßnahmen wollen Sie der Jugendkriminalität begegnen?

Entscheidender Grundsatz für die Linkspartei.PDS ist, dass Prävention Vorrang vor der Repression haben muss.

Um präventiv gegen Jugendkriminalität vorzugehen, halten wir eine breite Palette von Maßnahmen für erforderlich. Sie reichen von solider Ausbildung für alle über die Förderung der Erstausbildung und von Arbeitsplätzen für Jugendliche bis hin zu Aufgaben in der Kinder- und Jugendhilfe. Wir haben unter anderem ein Programm „JINA - Jugend in Arbeit“ vorgelegt und treten für Projekte wie das Schulsozialarbeitsprogramm ein. Schulsozialarbeiter können vor Ort in der Schule ganz individuell auf die Probleme von Kindern und Jugendlichen eingehen und gemeinsam mit Eltern, Schule und Jugendhilfe Lösungen suchen.

Dennoch ist uns bewusst, dass alle diese Maßnahmen nicht dazu führen werden, Jugendkriminalität gänzlich zu beseitigen. Im Falle von Straftaten sind wir gerade bei jugendlichen Täterinnen und Tätern für zeitnahe Gerichtsverhandlungen und vor allem *erzieherisch* nachhaltig wirkende Strafen. Allein Abschreckung und Härte scheinen uns nicht der erfolgversprechende Weg zu sein.

Schließlich tritt die Linkspartei.PDS generell für eine Politik ein, die nicht auf Gewalt als Mittel zur Durchsetzung von Zielen und Interessen setzt.

Nur wenn eine solche Politik öffentlich vorgelebt wird, haben wir eine Chance, zunehmender Kriminalität und Gewaltbereitschaft Herr zu werden.

Welche Konzepte haben Sie, um mit Gewalt an Schulen umzugehen und sie einzudämmen?

Die Linkspartei.PDS tritt für eine Politik ein, die helfen kann, die gegenwärtig steigende Kriminalität und Gewalt in der Gesellschaft insgesamt zu senken. Im Vordergrund steht dabei die Gewaltprävention auch an Schulen.

Wir setzen dabei neben einer Verbesserung der Rahmenbedingungen für erzieherische Arbeit an den Schulen, kleinere Klassen vor allem an Schulen in Ballungsgebieten und überschaubare Schulanlagen u.a. auf solche Maßnahmen wie die Entwicklung eines sozialpädagogischen Profils an Schulen aller Schulformen, ein verbessertes Freizeitangebot für junge Leute, eine öffentliche Diskussion über Gewalt in den Medien sowie eine bessere Ausstattung von Schulen und Freizeiteinrichtungen mit pädagogisch, psychologisch und soziokulturell qualifiziertem Fachpersonal.

Besonders beunruhigen uns die Fälle politisch motivierter, rechtsextremer und ausländerfeindlicher Gewalt an Schulen und durch Schülerinnen und Schüler. Die Linkspartei.PDS unterstützt nachdrücklich Netzwerke und Verbände, die sich diesen Problemen zuwenden und tritt für eine offensive Aufklärungsarbeit im Sinne von Demokratie, Solidarität und zivilgesellschaftlichen Engagements ein.

Ist ein Verbot extremer Organisationen sinnvoll oder halten Sie den offenen Dialog für ratsamer?

„Ein Verbot rechtsextremer Organisationen ist nicht alles, aber es ist auch nicht nichts.“ (Gregor Gysi)

Ein Verbot von rechtsextremen Parteien oder Organisationen führt jedoch nach Ansicht der Linkspartei.PDS nicht dazu, dass Menschen - und damit insbesondere auch junge Menschen - weniger anfällig für populistische oder rechtsextreme Gedanken werden.

Wir hegen Zweifel, ob ein Verbot überhaupt ein angemessenes Mittel gegen Rechtsextremismus ist, auf keinen Fall ein hinreichendes.

Das Verbot allein beseitigt keinen Rechtsextremismus, verhindert keinen Antisemitismus und tilgt keinen Rassismus. Alle „drei“ kommen aus der Mitte der Gesellschaft und werden durch die aktive Politik genährt. Dort muss man ansetzen. In Sachsen-Anhalt wurde im Jahr 2005 an jedem dritten Tag eine Straftat mit rechtsextremen Hintergrund verübt. Dieses Problem kann jedoch nicht gelöst werden durch ein Verbot von rechtsextremen Parteien wie NPD oder DVU.

Ebenso kann eine Reaktion auf die Bedrohung von rechts nicht die vorauseilende Abschaffung von Bürgerrechten und damit verbunden eine grundlegende Einschränkung der Demokratie sein.

Es besteht aus unserer Sicht ein Konglomerat von Faktoren, die zu dieser rechten Gefahr führen und die es zu beseitigen gilt – wie soziale Perspektivlosigkeit, mangelnde Bildung oder unsichere Familiensituationen.

Sind Sie für oder gegen die Legalisierung von weichen Drogen?

Die Linkspartei.PDS befürwortet eine Legalisierung von weichen Drogen wie Cannabis oder Marihuana. Die Linkspartei.PDS setzt sich für die Straffreiheit des Eigenanbaus ein. Ein Nutzen der Entkriminalisierung von weichen Drogen ist es, dem Schwarzmarkt und den damit verbundenen Strukturen entgegenzutreten. Eine Legalisierung des Anbaus von Cannabis zum Eigenverbrauch würde genau diese wünschenswerte Entwicklung zusätzlich befördern.

Ungeachtet dessen tritt die Linkspartei.PDS für eine umfassende Aufklärung über die Gefahren des Drogenkonsums, einschließlich des Konsums von Alkohol und Zigaretten, ein.

Wehr-/Zivil-/Freiwilligendienst

Halten Sie die Wehrpflicht für sinnvoll oder überholt?

Aus Sicht der Linkspartei.PDS ist die Wehrpflicht in Deutschland überholt und muss abgeschafft werden.

Die Linkspartei.PDS sieht keinerlei Notwendigkeit mehr für die Aufrechterhaltung der Wehrpflicht als „Zwangsdienst“.

Wehrdienst und damit folglich auch Zivil- und Ersatzdienst könnten über eine Grundgesetzänderung ausgesetzt und mittelfristig abgeschafft werden.

Bevor die Aussetzung des Wehrdienstes realisiert werden kann, sind jedoch Bedingungen für eine soziale Daseinsvorsorge zu garantieren, welche die Aussetzung des Zivildienstes bis hin zu seiner Abschaffung ermöglichen. Dabei muss berücksichtigt werden, dass der Zivildienst längst zu einem festen Bestandteil des sozialen Netzes geworden ist. Es sind mittel- und langfristige Alternativen für die Konversion des Zivildienstes zu entwickeln.

Halten Sie es für sinnvoll, die Anerkennung eines Freiwilligen Jahres als dem Zivildienst gleichwertig zu gestalten?

Solange die Möglichkeit besteht, Zivildienst leisten zu können, sollte und muss in diesem Rahmen die Anerkennung eines Freiwilligen Jahres ebenso gleichwertig gestaltet werden.

Mit der Abschaffung der Wehrpflicht - wofür die Linkspartei.PDS steht - und des damit verbundenen „Verschwindens“ von Zivil- und Ersatzdienst müssen die Freiwilligen Dienste (FSJ/FÖJ) zwangsläufig gestärkt und ausgebaut werden.

Die Dienste sollten als Lerndienste ausgelegt werden und einer garantierten pädagogischen Betreuung und Begleitung unterliegen.

Die Freiwilligen Dienste könnten vor allem in Hinblick auf die soziale Absicherung, sich ergebende Rentenansprüche oder die Berufsqualifikation attraktiver gestaltet werden.

Nachhaltigkeit (Heute für Morgen handeln)

Wie wollen Sie die Mobilität von Jugendlichen in Hinblick auf öffentliche Verkehrsmittel sichern?

Wir gehen davon aus, dass mit unseren Positionen zur Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) auch ein guter Beitrag geleistet wird, die Mobilität von Jugendlichen zu sichern. Wir wollen, dass das Angebot bezahlbar ist, flächendeckend zur Verfügung steht und zu solchen Zeiten angeboten wird, in denen ein Bedarf besteht.

Die erforderlichen öffentlichen Mittel wollen wir auch durch eine Verlagerung von der Straßenbauförderung hin zum ÖPNV aufbringen.

Neben festen Linien wollen wir, um flexibler auch auf Beförderungsbedarfe nur weniger Menschen reagieren zu können, kleinere Bürgerbusse bei den Verwaltungsgemeinschaften vor Ort einrichten. Sie könnten u.a. die Fahrt zur

Ausbildungsstätte oder auch für junge Familien zu Kinderkrippe, Kindergarten oder Arzt übernehmen.

Eine wichtige Rolle spielt der Schülerverkehr. Die Linkspartei.PDS hat sich immer dafür eingesetzt, ein möglichst wohnortnahes Schulangebot zu erhalten. Leider ist das nicht überall möglich und nicht überall gelungen, deshalb sollen die Fahrstrecken besser optimiert werden, um kürzere Fahrzeiten zu erreichen. Wir plädieren auch für den Einsatz ausreichender Verkehrsmittel, um überfüllte Schulbusse weitgehend zu vermeiden.

Sehr wichtig ist uns, dass auch die Schülerbeförderung in den 11., 12. und 13. Klassen der berufsbildenden Schulen, der Gymnasien und Gesamtschulen kostenfrei angeboten wird.

Das Fahrrad liegt als Verkehrsmittel nach unserer Meinung bei jungen Leuten durchaus im Trend. Wir setzen uns deshalb für sichere und zweckmäßige Abstellmöglichkeiten an Schulen und in Jugendeinrichtungen, für ein gut ausgebautes Radwegenetz, das auch die Verkehrssicherheit besser gewährleistet, für günstige Fahrradmitnahmemöglichkeiten in Bus und Bahn und den Ausbau von Bus&Bike in Sachsen-Anhalt ein.

Die „Radelfreundlichkeit“ der meisten Städte lässt noch sehr zu wünschen übrig. Veränderungen sind möglich, wenn das Land verstärkt Teile der an die Kommunen ausgereichten Wegebaumittel an den Zweck Radwegegestaltung bindet. Sicher ist auch mehr öffentliche Aufmerksamkeit, z. B. ein Wettstreit um die fahrradfreundlichste Stadt oder Pilotprojekte in der Wegegestaltung denkbar.

Für den Weg zur Diskothek zum Club oder zu anderen kulturellen Angeboten, die Jugendliche besuchen, sind öffentliche Verkehrsmittel aus unserer Sicht ideal. Schon um die vielen tragischen nächtlichen Verkehrsunfälle mit jungen Leuten am Steuer zu verhindern. Wir treten für solche Formen wie Busshuttle und Fifty-fifty-Taxi ein und setzen auch auf verstärkte Aufklärung, dass Alkohol oder andere Drogen und Auto- oder Motorradfahren nicht zusammengehören.

Wie wollen Sie die Entwicklung erneuerbarer Energien weiter unterstützen?

Eine schnelle Energiewende ist aus Gründen der Endlichkeit fossiler Energierohstoffe und des Klimaschutzes (über)lebensnotwendig.

Schwerpunkt ist für uns die Entwicklung und Nutzung erneuerbarer Energien und nachwachsender Rohstoffe. Dies muss ein Markenzeichen für Sachsen-Anhalt werden.

Wir sehen im Erneuerbaren-Energien-Gesetz des Bundes einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung. Die Linkspartei.PDS will die Umsetzung dieses Gesetzes im Land weiter voranbringen und die entsprechenden Standorte ausbauen.

Darüber hinaus halten wir es für dringend geboten, auf Landesebene Förderprogramme für die Erzeugung erneuerbarer Energien sowie für die Produktion dafür erforderlicher Anlagen aufzulegen. Besonders trifft das auf die Nutzung der Solarenergie zu. Auch das Potential an Windenergie ist in Sachsen-Anhalt nicht erschöpft. Neben Neuanlagen muss nach unserer Meinung zunehmend die technische Weiterentwicklung der Altanlagen in den Blick genommen werden.

Mehr Aufmerksamkeit ist dem Energiesparen beizumessen.

Wir setzen uns dafür ein, dass insbesondere jene Technologien und Verfahren in Sachsen-Anhalt gefördert werden, die helfen, den Verbrauch natürlicher Ressourcen in der Wirtschaft zu senken.

Die Linkspartei.PDS fordert ein energiepolitisches Gesamtkonzept des Landes.

Wie wollen Sie gerade jungen Menschen zukünftig den Weg in die Selbstständigkeit erleichtern?

Die Linkspartei.PDS will ausgehend von ihrer Gesamtstrategie für Sachsen-Anhalt neue wissenschaftliche und technische Entwicklungen im Land mit größerem Effekt umsetzen und dazu vor allem innovative Existenzgründungen forcieren.

Wir gehen davon aus, dass sie besonders für junge Leute attraktiv gemacht werden müssen.

Solche Existenzgründungen bedürfen spezifischer Förderung durch die öffentliche Hand. Die bisherigen Förderinstrumente greifen nach unserer Meinung zu kurz. Die Förderung muss auch Durchsetzung, Umsetzung und Realisierung des innovativen Produkts, der Dienstleistung oder innovativen Technologie, die Markteinführung und den Absatz umfassen. Die einzelnen Bausteine der Förderung und Finanzierung müssen sich verlässlich miteinander verbinden.

Die Förderprogramme sollen besser gebündelt und optimiert, die Instrumente der Wirtschaftsförderung auch kompatibel für den Hochschulbereich werden. Gerade dort wollen wir mehr Aus- und Neugründungen anregen und fördern.

Existenzgründerinnen und -gründer sollen möglichst kompakt beraten werden und nicht viele unterschiedliche Ansprechpartner anlaufen müssen.

Besonderes Augenmerk wollen wir auf das Gründungsgeschehen in technologieintensiven Wirtschaftszweigen des verarbeitenden Gewerbes richten.

Wir plädieren für die Einrichtung spezifischer Risikokapitalfonds aus EU und Bundesmitteln ergänzt durch private Initiativen. Wir wollen Risikokapital auch durch einen entsprechenden Landesbürgerschaftsfonds zur Verfügung stellen.

Finanzhilfen sollen nicht nur den Start fördern sondern darüber hinaus geeignet sein, unkompliziert Engpässe zu überbrücken.

Gerade für junge Existenzgründerinnen und -gründer sind die Technologie- und Gründerzentren wichtige Partner, sie wollen wir besser unterstützen.

Außerdem sollen Bundes- und Europaprogramme wie „Unternehmen Region“ und „High-Tech-Gründerfonds“ im Land besser genutzt werden.

Auch im Programm „JINA - Jugend in Arbeit“, das die Linkspartei.PDS vorgelegt hat sind, sind Programme zur Förderungen junger Leute enthalten, die ein Unternehmen gründen wollen.

Wir gehen davon aus, dass der Weg in die Selbstständigkeit vor allem eine solide Bildung voraussetzt. Dafür muss mehr getan werden.

Besonders über die polytechnische Bildung, die wir in allen Schulen einführen wollen, soll es gelingen, Wissen über wirtschaftliche, technische und betriebswirtschaftliche Zusammenhänge bereits in der Schule zu vermitteln und vor allem aber Interesse auszubilden, später einmal selbst ein Unternehmen zu gründen.

Auch im Hochschulstudium und in der beruflichen Erstausbildung halten wir es für erforderlich, mehr Angebote vorzuhalten, um künftige Absolventinnen und

Absolventen mit dem notwendigen Rüstzeug auszustatten, innovative Ideen erfolgreich an den Markt zubringen.

Europa und Globalisierung

Wie stehen Sie zur Länderfusion mit Sachsen und Thüringen zu Mitteldeutschland?

Die Linkspartei.PDS spricht sich dafür aus, dass das Land Sachsen-Anhalt selbstbewusst innerhalb des nächsten Jahrzehnts eine Länderfusion anstrebt. Die kleinteiligen Länderstrukturen sind zum Teil geeignet, die europäische Entwicklung zu bremsen, und ermöglichen auf längere Sicht keine ausreichend effektive Verwaltung. Außerdem können in der Perspektive durch die angesprochene Länderfusion gewachsene Potentiale wirkungsvoller gebündelt werden.

Wir befürworten, dass das Land Sachsen-Anhalt auf der Basis eines kooperativen Föderalismus seine Arbeits- und Vertragsbeziehungen zu anderen Bundesländern vertieft.

Dazu will die Linkspartei.PDS auch die „Initiative Mitteldeutschland“ neu konzipieren und beleben. Das heißt insbesondere, dass die Zusammenarbeit transparent und parlamentarisch begleitet auf diese Zielstellung der Länderfusion ausgerichtet wird.

Was wollen Sie dafür tun, dass ausländische Menschen integriert anstatt isoliert werden?

Die Linkspartei.PDS begreift kulturelle Vielfalt als große Chance auf dem Weg zu einer weltoffenen, von gegenseitigem Verständnis und demokratischer Teilhabe geprägten Gesellschaft.

Basis des Zusammenlebens sind die Grund- und Menschenrechte, die für alle gleichermaßen gelten. Voraussetzung ist deshalb die Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.

Integration bedeutet dabei nicht „Assimilation“, sondern ist ein zweiseitiger Prozess, der bereits hier lebende wie ausländische Menschen gleichermaßen fordert und eine aktive Vermittlung zwischen den Kulturen darstellt.

Voraussetzung für eine gelungene Integration kann damit nur das gegenseitige Aufeinanderzugehen, eine gegenseitige Aufgeschlossenheit, Unterstützung und ein wirkliches Miteinander - kurz Solidarität sein.

Dabei muss aus Sicht der Linkspartei.PDS folgendes vorrangig getan werden:

- Ausländische Menschen brauchen eine rechtliche Gleichstellung im Rahmen eines demokratischen Einwanderungs- und Niederlassungsrechts.
- Die Bundesrepublik Deutschland benötigt ein demokratisches Staatsbürgerschaftsrecht, welches die Doppelstaatsangehörigkeit zulässt. Des Weiteren ist ein Wahlrecht auf allen Ebenen erforderlich.
- Integration erfolgt durch Zugang auf den Arbeitsmarkt - d. h. verbesserter Zugang von ausländischen Menschen in die qualifizierten Bereiche des Arbeitsmarktes und in die berufliche Ausbildung.
- Sprache und Interkulturalität: Angebot ausreichender Sprachkurse, Unterstützung von Sprachkursen, gezielte Förderkurse im Interesse einer Sprachintegration.

- Förderung und Verstärkung interkultureller Angebote in Kinderbetreuungseinrichtungen, Grundschulen und weiterführenden Schulen.
- Integration durch gesellschaftliche Teilhabe.

Ist für Sie Deutsch eine Sprache der Zukunft oder wird Englisch unsere nächste Amtssprache?

Wir sind der Auffassung, dass die deutsche Sprache in Deutschland und in den deutschsprachigen Ländern und Regionen eine Zukunft hat.

Die Einführung von Englisch als Amtssprache in Deutschland steht aus unserer Sicht nicht ernsthaft zur Debatte.

Die in der Frage möglicherweise mitschwingende Sorge, dass die deutsche Sprache von vor allem englischen Sprachelementen beschädigt werden könnte, teilen wir nicht vollständig.

Vielmehr ist festzustellen, das Phänomen der Ergänzung und Mischung von Sprachen ist nicht neu.

Völkerübergreifende Kontakte bedeuteten zu allen Zeiten auch Sprach austausch. So hat z.B. die lateinische Sprache, auch andere, die deutsche Sprache ganz entscheidend mitgeprägt. Die Sprachen in Europa und darüber hinaus sind in einem Prozess gegenseitiger Beeinflussung gewachsen.

Gerade im Zeitalter weltumspannender Kommunikation nimmt es nicht Wunder, dass sich in die deutsche Sprache genauso wie in andere Sprachen fremdes Wortgut wieder verstärkt mischt. Dass der angloamerikanische Wortschatz mit seinen 700.000 Einheiten (die deutsche Lexik umfasst 400.000) am deutlichsten in die Sprachen Einzug hält, erklärt sich mit der Bedeutung und Verbreitung in Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Mode etc.

Internationalismen in Sprachen erhöhen nicht selten die Verständlichkeit und erleichtern die Kommunikation für Ausländerinnen und Ausländer, was als Vorteil unbestritten sein sollte.

In einer globalisierten Welt messen wir der Fremdsprachenkompetenz große Bedeutung bei. Sie ist für die demokratische Kommunikation und die Bewertung von Entwicklungen in Gesellschaft, Kultur und Wissenschaft aber auch für gegenseitiges Verständnis und Toleranz von wachsender Bedeutung. Die englische Sprache ist hier von besonderem Gewicht. Die allgemeine Akzeptanz ihrer international dominierenden Rolle erleichtert den Informationsaustausch und die Transparenz.

Ungeachtet dessen halten wir es für geboten, der Pflege der Muttersprache, die Sprachentwicklung einschließt, größere Aufmerksamkeit zu widmen. Sie ist für uns wertvolles Kulturgut und unverzichtbare kulturelle Schlüsselkompetenz. Zu ihrer Pflege gehört auch, sich um allgemeine Verständlichkeit für jedermann zu bemühen. Sprachkultur des Elternhauses, die Erfüllung des schulischen Bildungsauftrages sowie sprachliche Vorbilder in den Massenmedien halten wir für wichtig.

Im politischen Raum der Europäischen Union ist Deutsch nicht nur Amtssprache, sondern auch Arbeitssprache, wird aber von den Englisch oder Französisch bevorzugenden anderen Mitgliedstaaten nicht gesprochen. Deshalb haben Frankreich und Deutschland im Juli 2000 zur gegenseitigen sprachpolitischen Unterstützung eine gemeinsame „Sprachanweisung“ unterzeichnet. Außerdem wird Deutsch als Minderheitssprache in europäischen Staaten geschützt. Die Linkspartei.PDS spricht sich dafür aus, diesen Schutz beizubehalten.